

019. Sitzung des 5. Sächsischen Landtages, 01.09.2010

Rede von MdL Dr. Dietmar Pellmann zur Aktuelle Debatte auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Rentengarantie erhalten! Rückkehr zum Rentenalter 65! – Initiative der Staatsregierung gegen fortschreitende Altersarmut jetzt!“

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede//

In den letzten Wochen sind kontroverse Debatten um Rente und drohende Altersarmut wieder heftig entbrannt. Dabei meldeten sich auch Vertreter der Staatsregierung, voran der Ministerpräsident, zu Wort und trug mit seinen Bemerkungen zur Verunsicherung heutiger und künftiger Rentner bei, ohne selbst einen einzigen ernst zu nehmenden Lösungsvorschlag zu unterbreiten.

So plädiert der Ministerpräsident dafür, die erst 2009 gesetzlich verankerte Rentengarantie wieder abzuschaffen. Mit anderen Worten bedeutet das: Herr Tillich plädiert für die Absenkung der gesetzlichen Rente. Das findet nicht nur den scharfen Protest meiner Fraktion, sondern auch den von Kirchen, Gewerkschaften und Sozialverbänden. Der Ministerpräsident sollte endlich die Realitäten in der Rentenfrage zur Kenntnis nehmen:

- Absenkung des realen Rentenniveaus seit 2003 um mehr als 10 Prozent und
- Absenkung der Rentenansprüche durch in den letzten Jahren eingeführte Dämpfungsfaktoren.

Mit dieser Forderung trägt der Ministerpräsident dazu bei, dass Alterarmut auch und gerade in Sachsen weiter zunehmen wird. Wir warten bis heute auf ein Armutsbekämpfungskonzept der Regierungen in Bund und Land. Dazu bedarf es im Übrigen keiner Regierungskommission, weil die Fakten bekannt sind. Das so genannte Sparpaket der Bundesregierung und der Entwurf des Sozialhaushaltes der Staatsregierung für die nächsten beiden Jahre sind allerdings Ausdruck der Konzeptlosigkeit.

Meine Fraktion gehörte von Anfang an zu denen, die die Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre abgelehnt haben. Ich erinnere an die entsprechenden Debatten die auf unseren Antrag im Landtag stattfanden. Wir haben also keinen Grund, unsere Position in irgendeiner Weise zu korrigieren. Deshalb geht es für uns auch nicht lediglich um ein Aussetzen der gegenwärtigen Regelung, sondern um eine ersatzlose Streichung. Auch hier klare Fakten, die unsere Position bekräftigen. Gegenwärtig liegt der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die vor Erreichen des Renteneintrittsalters 65 in Rente gehen in Sachsen bei über 80 Prozent. Viele müssen entsprechende dauerhafte Abschlüsse in Kauf nehmen. Auf dem sächsischen Arbeitsmarkt zeichnet sich auf absehbare Zeit keine Änderung ab. So ist die Anhebung des Renteneintrittsalters nichts anderes als Rentenraub! Wenn die SPD jetzt auch über Veränderungen nachdenkt, dann ist das zu begrüßen. Aber sie sollte es mit aller Konsequenz tun.

2. Rede während der Aktuellen Debatte:

Anrede//

Auch heute haben wir seitens der Koalitionsredner wieder keinen einzigen ernsthaften Vorschlag zum alle Generationen interessierten Thema gehört. Angeblich gäbe es keine Alternative zum Regierungskurs wegen der demografischen Herausforderungen, wegen des zu erwartenden Arbeitskräftemangels, wegen der Überforderung der jungen Generation oder wegen des Zwangs zum Sparen.

Ich verkenne nicht die gewaltigen Herausforderungen, um fortschreitende Altersarmut zu überwinden. Wir wirkliche Reformen will, sollte den Mut zu Veränderungen aufbringen. Denn es gibt sehr wohl Lösungen, auf die wir immer wieder hingewiesen haben. Diese bestehen zusammenfassend in Folgendem:

1. Der Schlüssel zur Problemlösung ist die Umkehr des herrschenden Verteilungsprinzips und damit die Nutzung des Gewinnes aus Produktivitätswachstum im Interesse der gesamten Gesellschaft. Entsprechende Vorschläge für ein gerechtes Steuersystem, das zu wesentlich höheren Einnahmen des Staates führen würde, hat meine Partei vorgelegt.
2. Die gesetzliche Rentenversicherung braucht auch weiterhin das Umlageprinzip. Sie ist schrittweise zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung weiter zu entwickeln, in die alle, entsprechend ihrer Einkünfte einzahlen.
3. Einzuführen ist eine am Bedarf ausgerichtete soziale Altersgrundsicherung, die armutsfest sein muss. Weg von der durch die Kommunen zu finanzierenden Sozialhilfe, hin zur Finanzierung durch den Bund.
4. Wir brauchen den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, dessen Höhe über der Armutsgrenze liegen muss und spätere Altersarmut verhindert.
5. Schließlich muss es endlich zur Renteneinheit zwischen Ost und West kommen, anstatt diese Entscheidung noch auf Jahrzehnte zu verzögern.

Dies sind Herausforderungen an uns alle, zu deren Bewältigung auch die Staatsregierung endlich einen messbaren Beitrag leisten muss. Dass, um zum Ausgangspunkt der Debatte zurückzukommen, die Beibehaltung der Regengarantie und die Streichung der Regelung „Rente mit 67“ dabei Schritte in die richtige Richtung wären, versteht sich.